

Antrag Nr. 12-O-12-0050

SPD-Fraktion

Betreff:

Ganztägiges Betreuungsangebot für die Erbenheimer Grundschule (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Magistrat (Dezernat V - Amt 40) wird um Stellungnahme zu folgenden Punkten gebeten:
 - 1.1 Welche zusätzlichen baulichen und personellen Maßnahmen sind notwendig und vorgesehen, um das ganztägige Betreuungsangebot für Erbenheimer Grundschüler deutlich zu erhöhen?
 - 1.2 Welche zeitlichen Perspektiven sind dabei vorgesehen?
2. Des Weiteren bitten wir um Prüfung, ob und ggfs. welche Optimierungsmöglichkeiten beim derzeitigen Betreuungsangebot von Förderverein und „Betreuender Grundschule“ des Amtes 51 gesehen werden.

Begründung:

In der August-Sitzung des Ortsbeirates Erbenheim wurde vom Leiter der Liebig-Schule (Herrn Krüger) vorgetragen, dass in Wiesbaden erfreulicherweise der Ausbau des ganztägigen Betreuungsangebots für Grundschüler angestrebt werde.

An seiner Schule gäbe es tatsächlich massiven Bedarf. So stünde dem ermittelten Betreuungsbedarf von 250 Plätzen derzeit lediglich ein Angebot von 160 gegenüber. Der Fehlbedarf von 90 Plätzen würde sich bei Wegfall der 40 Hortplätze sogar auf 130 erhöhen. Dabei sei der zu erwartende weitere Zuwachs durch verstärkte Bautätigkeit in Erbenheim noch gar nicht berücksichtigt. Diese Situation wirke sich bereits heute spürbar negativ auf die Attraktivität der Schule aus.

Die in der Sitzung anwesende zuständige Schuldezernentin Scholz bestätigte, dass die Mangellage grundsätzlich erkannt sei. Sie sagte aber darüber hinaus auch eine wohlwollende Prüfung zu, wie das Betreuungsangebot angemessen ausgebaut werden könne.

Wir möchten gerne wissen, welche konkreten Vorstellungen das Schuldezernat zur Behebung des anerkannten Fehlbedarfs hat und mit welchen zeitlichen Vorstellungen dies verbunden ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Stellungnahme, ob das jetzige zweigleisige System an dieser Schule (Förderverein und „Betreuende Grundschule“ des Amtes 51) beibehalten wird und ob -unter Beibehaltung der bisherigen sozialen Aspekte - hier noch zusätzliche Optimierungsmöglichkeiten gesehen werden.

Wiesbaden, 15.10.2012

Reinhold
Fraktionssprecher